

Aktuelle Debatte:

**Die EU zehn Jahre nach dem österreichischen
Beitritt: Umbruch oder Krise?**

Radiografie des »Nein«

Joachim Becker

Eigentlich hatte der Verfassungsvertrag der liberalen Integrationsweise der EU eine neue Legitimität geben sollen. Dies war einer der Gründe, warum sich der französische Präsident Jacques Chirac wie auch einige andere Regierungen entschlossen, das Dokument der Bevölkerung in einem Referendum vorzulegen. Zumindest dieses Kalkül ging nicht auf. 54,87% der Abstimmenden votierten mit »Nein«. Das bedeutete 2,8 Mio. mehr »Nein«- als »Ja-Stimmen« (Le Monde, 31. 5. 2005: 1). Das »Nein« der Bevölkerung kontrastiert scharf mit der Zustimmung der parlamentarischen RepräsentantInnen zum Verfassungsvertrag. Noch am 28. Februar 2005 votierten 90% der französischen Abgeordneten für die Veränderung der französischen Verfassung, die eine Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrages ermöglichte (Le Monde, 31. 5. 2005: 2).

Dies zeigt eine tiefe Krise der politischen Repräsentation und wirft auch ein bezeichnendes Licht auf den Grad der Legitimität eines rein parlamentarischen Ratifizierungsverfahrens, wie es die meisten europäischen Länder, darunter auch Österreich und Deutschland, gewählt haben. Im Gegensatz zu Frankreich gab es hier auch kaum eine öffentliche Debatte, obwohl das Vertragswerk weitreichende Folgen hat. Gerade weil Frankreich Gründungs- und Kernmitglied der EU ist und dort eine solch intensive Europa-Debatte erfolgte, hat das »Nein« eine große Signifikanz. Kernelemente der französischen Debatte, ihre sozialen und politischen Bruchlinien will ich im Folgenden aufzeigen.

Politische Bruchlinien

In der Debatte um den Verfassungsvertrag traten ähnliche politische Bruchlinien wie zur Zeit der großen sozialen Proteste im Jahr 1995 zu Tage. Auf der einen Seite die Sozialliberalen, welche damals die liberale Wirtschafts- und Sozialpolitik und heute den Verfassungsvertrag als einzig denkbare moderne Politik darstellen, auf der anderen Seite jene, welche einen grundlegenden Kurswechsel einfordern. Dieser Riss zog sich vor allem durch das Milieu der Intellektuellen, die zumindest linke Wurzeln haben, und jene Parteien, die der politischen Linken zugeordnet werden. Diese Spaltung sichtbar zu machen, war sicher auch eine Teilmotivation Chiracs für das Ausschreiben des Referendums.

Besonders sichtbar spaltete sich die Parti Socialiste (PS). Sie führte sogar am 1. Dezember 2004 eine interne Abstimmung über ihre Haltung zum Verfassungsvertrag durch. In dieser votierten 58% für den EU-Verfassungsvertrag, wie dies von der Parteiführung um François Hollande auch nahegelegt worden war. Die innerparteilichen GegnerInnen um Henri Emmanuelli, welcher dem linken PS-Flügel zuzurechnen ist, und Laurent Fabius, der in den 80er Jahren als Premier die liberale Wende der Partei ins Werk setzte, setzten ihre Kampagne für eine Ablehnung des EU-Verfassungsvertrages aber fort. Sie konnten letztlich 59% der PS-AnhängerInnen auf ihre Seite ziehen (Le Monde 31. 5. 2005: 6). Ähnlich deutlich gespalten zeigten sich die

Grünen, die einen starken sozialliberalen Flügel aufweisen. Die Parti Communiste Français (PCF) positionierte sich eindeutig gegen den Verfassungsvertrag und suchte das Bündnis mit sozialen Bewegungen. Auch die trotzkistischen Parteien favorisierten klar das »Nein«. Ausserhalb des Parteienspektrums mobilisierten ATTAC und – publizistisch – die Fondation Copernic gegen den EU-Verfassungsvertrag. Es gab Straßenaktivitäten, Veranstaltungen und Unterschriftenlisten im Internet.

Die parteipolitische Rechte sprach sich – mit Nuancierungen – wie die Unternehmerverbände für das »Ja« aus. Sie hatten starke publizistische Unterstützung (Halimi 2005). Auch das Establishment anderer Staaten engagierte sich sichtbar auf Seiten des »Ja« in der französischen Kampagne. Das »Nein« erhielt zwar auch Unterstützung aus dem Ausland, nicht aber mit der selben publizistischen Sichtbarkeit.

Getrennt von der Linken machte auch die nationale und extreme Rechte gegen den EU-Verfassungsvertrag mobil.

Die Kampagnen

Es gelang der Linken den Tenor der Debatte zu bestimmen. Sie stellten heraus, dass die Konkurrenz sich als Leitprinzip durch den Verfassungsvertrag zieht. Von hier zogen sie den Bogen zu Betriebsverlagerungen, Lohnkonkurrenz und Arbeitslosigkeit. Dies traf den Nerv von wesentlichen Teilen der Bevölkerung (Le Monde, 26. 5. 2005: 8). Der Kommissionsentwurf zu einer weiteren Liberalisierung der Dienstleistungen, die so genannte Bolkestein-Richtlinie, verlieh der Kampagne für das »Nein« ungewollt weiteren Auftrieb.

Die Fragen von Sozial- und Steuerdumping implizierten auch eine Kritik an der Art der Osterweiterung der EU, welche die osteuropäischen Länder in eine Unterbietungskonkurrenz drängt (Becker 2004). Denn im Gegensatz zur Süderweiterung in den 80er Jahren lässt die jetzige Integration semiperipherer Staaten diesen kaum Spielräume für eine allmähliche Anpassung und bietet auch viel weniger Anpassungsunterstützung. Die linke Kritik setzte an diesen Spezifika des Erweiterungsmodus und den sich daraus ergebenden Konsequenzen für das europäische Sozialgefüge an. In Osteuropa wird diese Kritik allerdings zum Teil als nachträgliche Ablehnung der Osterweiterung per se wahrgenommen (siehe z. B. Ostrowski 2005: 56f.), was der französischen Debatte aber nicht gerecht wird.

Auch der ausgeprägt liberale Charakter des EU-Verfassungsvertrages und fortbestehende Demokratiedefizite wurden von der Linken kritisch thematisiert. Sie stellten heraus, dass eine Veränderung des EU-Verfassungsvertrages nur sehr schwer möglich wäre und damit eine ultraliberale Gesellschaftsordnung in Stein gemeißelt würde (Cassen 2004).

Die Kritik der nationalen und extremen Rechten am EU-Verfassungsvertrag stellte den Souveränitätsverlust in den Vordergrund.

Die ParteigängerInnen des »Ja« stellten heraus, dass es eine Aufwertung des EU-Parlamentes gebe und der Verfassungsvertrag eine institutionelle Konsolidierung der EU erlaube. »Eine Verfassung, selbst wenn sie mittelmäßig oder sogar doppeldeutig ist, kann das Gefühl einer gemeinsamen Identität und die Realisierung unserer Schicksalsgemeinschaft nur stärken«, beschwor Edgar Morin die FranzösisInnen in Le Monde. Er malte das Bild eines Europas mit Weltgeltung und dem Charakter einer Friedensmacht und des Pluralismus. Ein »Nein« werde hingegen dem Chauvinismus in die Hände spielen. Den GegnerInnen des Verfassungsvertrages wurde von den

ParteilängerInnen des »Ja« Xenofobie und geistige Enge vorgeworfen. Sie stellten auch die Rolle Frankreichs in der EU infrage.

Diese Argumente zogen nicht. Aus Meinungsumfragen wurde deutlich, dass auch grundsätzliche BefürworterInnen der europäischen Integration zunehmend »unzufrieden mit der Art und Weise sind, wie Europa aufgebaut wird« (Le Monde, 25. 5. 2005: 15). Die hohe Arbeitslosigkeit und rückläufiges Reallohnwachstum werden in Beziehung zum vorherrschenden Integrationsmodus gesetzt. Die Prosperitätsversprechen, die in Studien und öffentlichen Erklärungen im Hinblick auf das Binnenmarktprojekt, die Erweiterung etc. gemacht wurden, sind nicht eingelöst worden (siehe Stockhammer in diesem Heft). Sie sind damit auch desavouiert (Lordon 2005). Ein Zusammenhang zwischen den restriktiven Bestimmungen des so genannten Stabilitäts- und Wachstumspaktes und der realen Stagnation vieler europäischer Ökonomien lässt sich ohne weiteres ziehen. Die Befürchtung, der EU-Verfassungsvertrag werde die Arbeitslosigkeit weiter verschärfen, war mit 46% eines der Hauptmotive für das »Nein«. 35% stimmten mit »Nein«, weil sie eine Neuverhandlung des Vertrages wollen, 34% wegen seiner allzu liberalen Ausrichtung. Mithin war die Ablehnung überwiegend nicht Ausdruck eines allgemeinen Missbehagens, obgleich es auch dieses gab. Das Argument der BefürworterInnen des Verfassungsvertrages, der europäische Integrationsprozess werde durch ein »Nein« geschwächt, verfiel in dieser Allgemeinheit nicht. Nur 16% der »Nein«-WählerInnen – gegenüber 72% der »Ja«-Stimmenden – machten sich dieses Argument zu eigen (Le Monde, 31. 5. 2005: 4).

Die sozialen Bruchlinien

Bereits beim Referendum über den Maastricht-Vertrag im Jahr 1992, der mit einer hauchdünnen Mehrheit angenommen wurde, wurde eine Spaltung in »zwei Frankreichs« deutlich. »Das eine, reich und städtisch, für die einheitliche Währung. Das andere, ländlich und proletarisch, für das Nein« (Le Monde 31.5.2005: 2). Die ArbeiterInnen und Arbeitslosen stimmten auch diesmal mit »Nein«, die ArbeiterInnen zu 81%, die Arbeitslosen zu 79%. Im Gegensatz zum Jahr 1992 lehnte heuer aber auch die Mittelklasse – mittlere Berufe zu 56% und Angestellte mit 60% – das Vertragswerk ab (Le Monde, 31. 5. 2005: 2). Hierin dürfte sich die bis in die Mittelklasse reichende »soziale Malaise, die auch die Konstruktion Europa betrifft«, (Le Monde, 25. 5. 2005) widerspiegeln. Das Kippen der Mittelklasse war ein entscheidender Faktor zum Umschwung des Referendumsergebnisses zum »Nein«.

Vorwiegend mit »Ja« stimmten nur PensionistInnen (56%), Angehörige intellektueller Berufe (62%) und HochschulabsolventInnen (57%). Das Gewicht gehobener Mittelklassen kam vor allem in dienstleistungsgeprägten Metropolen und Großstädten wie Paris, Lyon, Bordeaux oder Strasbourg zum Tragen, während in großstädtischen Zentren mit Restrukturierungsproblemen wie Marseille, Nizza, Lille oder Le Havre das »Nein« stark abschnitt. Mithin kommt im Abstimmungsergebnis eine klare Klassenspaltung zum Ausdruck. Das gesellschaftliche »Unten« hat den EU-Verfassungsvertrag verworfen.

Auch parteipolitisch ist das Ergebnis polarisiert. Die AnhängerInnen der Linksparteien haben mit 67% das Vertragswerk ebenso abgelehnt wie die Parteiloseren mit 61%. Besonders ausgeprägt war die Ablehnung bei PCF-AnhängerInnen mit 95%, gegenüber 59%-Ablehnung bei PS-AnhängerInnen und 64%-Ablehnung bei den SympathisantInnen von Grün-Parteien. Die AnhängerInnen der Rechtsparteien

votierten – mit Ausnahme der extremen und nationalen Rechten (96% Ablehnung) – ebenso deutlich für den EU-Verfassungsvertrag, nämlich zu 65% (Le Monde, 31. 5. 2005: 4). Mithin ist das »Nein« auch primär, wenngleich nicht ausschließlich, ein »linkes« Nein.

»Désenchantement«

Mit »Désenchantement« – also Entzauberung oder Desillusionierung – überschrieb Thomas Ferenczi seine Analyse der Referendumsergebnisse in Le Monde vom 31. Mai. »Die Franzosen, die nein zum Verfassungsprojekt gesagt haben,« so leitet er seinen Aufsatz ein, »haben über den Text, der ihnen vorgelegt worden ist, hinaus auch das Europa zurückgewiesen, das unter ihren Augen aufgebaut wird und dessen Ausdruck in ihren Augen der Verfassungsvertrag war«. Damit ist das »Nein« zum Verfassungsvertrag auch ein »Nein« zur derzeitigen Ausrichtung des Integrationsprozesses, nicht aber notwendigerweise einer europäischen Integration per se. »Europa« ist als Chiffre für Prosperität und Frieden entzaubert. Als Zentralprinzipien der Integration werden vielmehr Konkurrenz und Abbau sozialer Dienste wahrgenommen und als Bedrohung für Beschäftigung, soziale Sicherheit und Lebensqualität gesehen.

Staats- und EU-Spitzen überlegen nun, wie sie zumindest möglichst viel vom EU-Verfassungsvertrag – etwa den Grundrechtskatalog und die veränderten Entscheidungsstrukturen – retten können. Eine zweite Abstimmung in Frankreich – über einen leicht modifizierten Vertrag – scheint nicht realistisch. Damit dürfte das Projekt des EU-Verfassungsvertrages und die damit verbundene Legitimierung des liberalen Integrationskurses scheitern. Dies heißt jedoch nicht, dass auch die generelle Ausrichtung der EU-Politik, die in Frankreich ebenfalls eine Abfuhr erhalten hat, ebenfalls am Ende wäre. Äußerungen der meisten europäischen PolitikerInnen deuten daraufhin, dass der Kurs grundsätzlich, wenn vielleicht auch nicht en detail, fortgesetzt werden soll. Trotzdem sind den Euro-Liberalen bestimmte Grenzen aufgezeigt worden.

Literatur

- Becker, Joachim (2004) EU-Verfassung: Zentrum gegen Peripherie. In: Kurswechsel, Nr. 1, S. 7-16
- Cassien, Bernard (2004) Une constitution pour sanctuariser la loi de marché. In: Le Monde Diplomatique, Janvier, S. 6-7
- Halimi, Serge (2005) Médias en tenue de campagne européenne. In: Le Monde Diplomatique, Mai, S. 1, 14-15
- Lordon, Frédéric (2005) Et les lendemains n'ont pas chanté... In: Le Monde Diplomatique, Mai, S. 14-15
- Ostrowski, Marek (2005) Francja się boi. In: Polityka, 28. 5., S. 54-57
- Le Monde, div. Ausgaben